

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Dr. Josef MANTL, DI Elisabeth OLISCHAR, Hannes TABORSKY und Julia KLIKA, BEd, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 29.11.2021 zu Post 1 der Tagesordnung im Zuge der Debatte der VA 2022 & VA 2023 (Spezialdebatte Klima, Umwelt, Demokratie und Personal)

betreffend klimaneutrale Stadtverwaltung

Nach mehreren klimarelevanten Gesetzen und Verpflichtungen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene kommt der öffentlichen Hand beim Klimaschutz in ihrem Organisations- und Wirkungsbereich eine besondere Vorbildfunktion zu. Österreich liegt beim Endenergieverbrauch aus Erneuerbaren bereits weit über dem EU-Durchschnitt. Nur noch wenige Länder wie bspw. Dänemark, Finnland oder Schweden liegen vor uns. Ebenfalls hat Österreich sich das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2040 auf null zu senken.

Bei diesem Vorhaben spielen insbesondere die Bundesländer eine entscheidende Rolle. Bundesländer wie Vorarlberg zeigen bereits, was alles im eigenen Kompetenzbereich möglich ist. Leider liegt Wien im Bundesländervergleich in vielen Bereichen an letzter Stelle. Die Bundeshauptstadt hat noch immer den geringsten Anteil an erneuerbaren Energien, den geringsten Anteil an erneuerbarem Strom oder die geringste Anzahl an PV-Anlagen. Drei Viertel der Stromerzeugung kommt immer noch aus fossilen Brennstoffen.

Mit der Zielanpassung „klimaneutrales Wien bis 2040“ wurde eine langjährige Forderung der Neuen Volkspartei Wien erfüllt. Nun muss verstärkt im eigenen Wirkungsbereich dafür Sorge getragen werden, dieses Ziel auch zu erfüllen. Bis zum Jahr 2030 sollen die Stadtverwaltung und die öffentlichen Unternehmen der Stadt Wien klimaneutral werden. Die Klimaneutralität soll in erster Linie durch Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Verringerung weiterer Treibhausgas-Emissionen erreicht werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Klimarat die Erarbeitung eines Maßnahmenpakets vorzunehmen, um die Wiener Stadtverwaltung bis 2030 CO₂-neutral auszurichten.

In formeller Hinsicht wird sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 29.11.2021


Klíka J.



